

erreicht werden konnten. Einen wesentlichen Platz in dem Buch nimmt die Schilderung des Machtkampfes zwischen Kommunisten und Nationalisten ein. Das Versagen des Regimes in seinen Reformplänen, die Vereinsamung Kasems als Führer des Staates, die Shawwāf-Revolution in Mossul, das mißglückte Attentat auf Kasem, das Gesetz über die Vereinigungsfreiheit, das zwar nach außen im Verhältnis zu den sonstigen Praktiken des Regimes liberal wirkte, unter dem in der Realität aber auch nur die Bildung von Parteien und Vereinigungen zugelassen wurde, die Kasem genehm waren, und schließlich der Zerfall der Machtstellung Kasems sind einzelne Punkte aus der ausführlichen Abhandlung der Ereignisse. Die Geschichte der Kasem-Ära zeigt die Schwierigkeit wenn nicht die Unmöglichkeit auf, in einem aus so verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zusammengesetzten künstlichen Staatsgebilde wie dem Irak einen organisierten Einheitsstaat unter zentraler Führung zu errichten.

Kritisch zu dem vorliegenden Buch ist anzumerken, daß der Verfasser sich zu sehr auf eine Wiedergabe der Ereignisse beschränkt und oft eine eingehende Analyse vermissen läßt. Auch hätten die Schwerpunkte der Schilderung etwas anders gesetzt werden können. So vermißt man eine ausführliche Auseinandersetzung mit der in Angriff genommenen Agrarreform, die trotz ihrer großen Bedeutung für die revolutionäre Zielsetzung nur sehr kurz abgehandelt wird. Ungeachtet dieser Kritik stellt das Buch eine beachtenswerte Leistung dar und ist für das Verständnis der Entwicklung im nachrevolutionären Irak von großer Hilfe.

Gunter Mulack

PRAN CHOPRA

Uncertain India

A political profile of two decades of freedom, London, Asia Publishing House, 1968. X, 403 Seiten

CRAIG BAXTER

Jana Sangh — A Biography of an Indian Political Party

Philadelphia, University of Pennsylvania Press, 1969. XII, 352 Seiten.

Was ist „ungewiß“ in oder an einem Indien, das man im großen und ganzen als gesichert anzusehen geneigt ist? Die Überraschung, die dieser Titel auslöst, drängt als erstes nach einer Klärung. Die Ungewißheit, von der hier die Rede ist, meint nicht den Zusammenhalt Indiens. Zwar hat man in dieser Hinsicht dem neuen Indien keine günstige Prognose gestellt (S. 1 ff.). Aber wenn es auch an den Rändern nach wie vor zuweilen Neigungen zum Separatismus gibt, so kann die staatliche Einheit heute doch als gesichert angesehen werden (354; vgl. auch 202). Die Gefahr liegt vielmehr an einer anderen Stelle: „... the primary danger lies in the growing illegitimacy of public life...“ (346), „a perpetual abnormality of public behavior“ (357) mit der Folge, daß „all norms of public life are breaking down“ (365) und hierdurch entstanden ist eine „atmosphere of pervasive violence“ (367) oder „a sea of endemic violence“ (346), wofür zahlreiche Beispiele angeführt werden (vor 379). Alles dies führt der Verfasser letztlich zurück auf die Entfremdung, die zwischen Regierung und Kongreß (Partei) einerseits, dem Volk einerseits eingetreten ist: „the growing alienation of the people from Congress“ (357); „alienation has proven between the apex of political and administrative power and the social and economic base of the pyramid where the majority of the people lives“ (359); schließlich „most of the time the leadership lives“ in a state of aloofness from the people“ (380) — alles Äußerungen, die sich beliebig vermehren ließen. Die Ursache für diese Kluft zwischen Führung und Volk liegt vor allem im Versagen der Wirtschaftspolitik (Agrarreform,

Planung usw.), das der Verfasser wiederum auf den Verrat an dem Sozialismus zurückführt, dem Nehru sich verpflichtet gefühlt hat. Die Folge von alledem ist eine Verachtung des Volkes für Partei und Regierung, und hieraus wiederum ergibt sich dessen Verweigerung von Konsensus und Kooperation, wodurch sich die Regierung immer mehr zum Einsatz von Gewalt gezwungen sieht. Das Hauptproblem Indiens ist daher dem Verfasser zufolge die Frage, „how the alienation between the rulers and the ruled may be ended“ (380). Für den Fall, daß diese „Integration“ nicht zustande kommt, sieht der Verfasser „total confusion and disintegration“ als unausweichlich voraus (384).

Die Voraussage, die Kongreßpartei habe den Ruf der Unbesiegbarkeit ein für allemal verloren (388 f.), ist durch die letzte Wahl widerlegt worden, die dem Kongreß die absolute Mehrheit eingetragen hat. Hiernach wird man die Beobachtungen, die der Verfasser mitteilt, in einem etwas gedämpfteren Lichte sehen müssen. Mit dieser Einschränkung erweist sich der Verfasser als scharfsichtig und als gesellschaftswissenschaftlich gut vorgebildet, so daß man von der Außenpolitik angefangen bis zu den Personalien der maßgebenden Persönlichkeiten zahlreiche Einzelheiten erfährt, die insgesamt ein farbiges und vielfältiges Bild ergeben. Beinahe noch mehr als Worte sagen die vorzüglichen Karikaturen, die der Verfasser in das Buch übernommen hat.

*

Baxters Buch will verstanden sein als die Biographie (290) einer indischen Partei, die gegen den Kongreß aufgestanden ist, um die ewigen Werte Indiens gegen dessen Säkularismus, Rationalismus und Ökonomismus zu verteidigen und durchzusetzen. Was das erste angeht, so erfährt man in der Tat genaues über Entstehung und Wirksamkeit einer Partei mit interessanten Einzelheiten wie Probleme der Parteidisziplin (137; 154; 156; 190/191), Fluktuation füh-

render Persönlichkeiten und großer Sorgfalt in der Analyse der Wahlergebnisse. Das entscheidende Problem jedoch, das diese Partei aufwirft, bezieht sich auf die Vereinbarkeit von Tradition und Modernität. In Verehrung für die erste wird die zweite grundsätzlich in Frage gestellt insofern die Partei die Weltlichkeit des Gemeinwesens verneint. Das bedeutet nicht nur, daß die christliche Mission bekämpft wird und religiöse Propaganda nur den Inländern gestattet werden soll (143 f.; 201). Viel weitertragend ist es, daß der Hinduismus als Staatsreligion den nicht hinduistischen Gruppen im Grundsatz die Existenzberechtigung abstreitet. Immerhin erweist sich auch für diese Hinduistanis die Weltlichkeit des Gemeinwesens für einen Viel-Religionen- und Viel-Völker-Staat wie Indien als so unausweichlich, zumal sie als Nationalisten die Wiedervereinigung von Indien und Pakistan anstreben, daß sie den Wirkungen ihres Hinduismus durch Formulierungen wie „minorities and majorities based on religion will not be recognised by this party“ (86) oder Hinduismus ist „unity in diversity“ (213) die Spitze abzurechen suchen, ohne daß sich hierdurch an der Unvereinbarkeit ihres Programms mit der Modernität etwas änderte.

Die Verneinung der Weltlichkeit gefährdet also nicht nur die Einheit, sondern auch die Modernisierung Indiens — aller Protestationen ungeachtet. Zwar bekennt man sich zu dieser, aber: „The Jana Sangh believes in the building up of Indian Society on India's age old ideals and not on a shoddy Western model“ (160; vgl. auch 213). Mit aller Entschiedenheit bis zur Entfesselung von Unruhen wendet sich daher diese Partei gegen das Schlachten von Rindern (149; 212; 259 f.), gegen die Verwendung von künstlichem Dünger, gegen das Impfen, ja sogar gegen das Pasteurisieren von Milch (149; 203; 211; 259). Kräfte der Tradition können durchaus geeignet sein, wie die Rudolphi gerade für Indien gezeigt haben, die Modernisierung zu fördern. Der Tradition, die Jana Sangh beleben will,

wird man eine solche Wirkung schwerlich zuschreiben können. Eben als wichtiges Exemplar einer Position, die zwischen Tradition und Modernität bezogen werden kann, verdient die Jana Sangh die wissenschaftliche Behandlung, die der Verfasser ihr durch seine gründliche und unterrichtende Arbeit hat zuteil werden lassen.

Herbert Krüger

CALVIN A. WOODWARD

**The Growth of a Party System
in Ceylon**

Brown University Press

Providence (Rhode Island) 1969, 338 S.
\$ 8,50

Der Verfasser, Assistant-Professor für Politische Wissenschaften an der Universität von Neubraunschweig (Canada), konnte das vorliegende Buch mit Unterstützung der Social Science Research Councils der USA und Canadas fertigstellen, insbesondere auf Grund eines einjährigen Aufenthaltes in Ceylon. Das Buch umfaßt drei Teile: Der Hauptteil schildert die innenpolitische Entwicklung Ceylons ab 1796, zuerst das allmähliche Heraufkommen politischer Bewegungen bis 1947 (S. 21—66), vor allem aber die parteipolitische Geschichte von der Unabhängigkeit bis zu den Wahlen von 1965, mit denen das 1969 erschienene Buch — bis auf einen einzelnen Hinweis auf das Jahr 1968 (S. 237) — abschließt (S. 66—170). Ein zweiter Teil behandelt die Geschichte der einzelnen Parteien, ihrer Organisation, ihrer Führer und ihrer Ideologien (S. 171—231). Ein dritter Teil, welcher aus Einleitung (S. 3—20) und Schluß (S. 232—289) besteht, ist der grundsätzlichen Frage nach der Bedeutung der Parteien i. a. und für Ceylon im besonderen gewidmet und enthält die Auswertung der in den beiden anderen Teilen mitgeteilten Fakten. Wer sich schnell und zuverlässig über die Rolle der Parteien in Ceylon unterrichten will, findet in dem vorliegenden Buch eine befriedigende Antwort. Der Verfasser hat es vermocht, ohne politische Vorurteile so

objektiv wie möglich in einer abgewogenen Darstellung die Stärken und Schwächen der einzelnen Parteien zu schildern. Die auf den ersten Blick verwirrende Fülle der Informationen reduziert sich bei einem Gesamtüberblick dahin, daß es im Grunde in Ceylon bisher nur einen Wechsel der Regierung zwischen zwei Gruppierungen gegeben hat: die U.N.P. (United National Party, gegr. 1946), d. h. die Liberal-Konservativen (die sog. Grünen), waren 1947—56 und 1965—1970 an der Macht: die S.L.F.P. (Sri Lanka Freedom Party, gegr. 1951), die sozialen Nationalisten (die sog. Blauen), regierten 1956—1960 und ab 1970, beide Male in einer Koalition mit wechselnden marxistischen Gruppen (die älteste Partei Ceylons überhaupt sind die 1935 gegründeten Trotzisten, L.S.S.P., die noch heute bedeutendste marxistische Partei). Dieser Wechsel zwischen Grünen und Blau-Roten war nicht zuletzt personalistisch untermauert, indem die Grünen Vater und Sohn Senanayake als Premierminister stellten, die Blauen dagegen zuerst Bandaranaike und nach dessen Ermordung seine Frau. Trotz der vom Verfasser geschilderten und unterstrichenen Konsolidierung der Parteien bleibt das personalistische Bild bis heute bestehen. Man ist versucht, gerade angesichts der positiven Beurteilung der Parteien durch den Verfasser, einmal die ketzerische Frage zu stellen, ob es bei der recht kleinen Schicht der Berufspolitiker nicht denselben politischen Effekt gehabt hätte, wenn der Generalgouverneur diese überschaubare Gruppe in toto zu Abgeordneten ernannt hätte, anstatt den umständlichen Weg über Wahlen und Parteien zu nehmen. Da diese Politiker sehr oft von einer zur anderen Partei überwechselten und dauernd Spaltungen, Neugründungen und Flügelbildungen an der Tagesordnung waren, und da andererseits die Parteien ebenfalls ihre Ideologien wechselseitig austauschten, wäre es kaum viel anders geworden, wenn man in der oben genannten Weise verfahren wäre. Der Satz, mit welchem der Verfasser sein Buch abschließt, mag in diesem